

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. ...

Redaktion: Gr. Bräunerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Bräunerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. ...

Nr. 88.

Dresden, Dienstag den 18. April 1911.

22. Jahrg.

Präpariert das Maifest der Arbeit! Genossen und Genossinnen!

Die Arbeiterklasse in allen Ländern rüstet wiederum zur Bekämpfung des ersten Mai.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai die große Ausruforderung des Achtstundentags.

Die Kapitalisten in mächtigen Unternehmungen organisieren, um jedem Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit den Widerstand entgegenzusetzen, beabsichtigen wir unsere Entschlüsse, den achtstündigen Arbeitstag zu erkämpfen. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Zeit für die Familie, für die Fortbildung, für die Betätigung im öffentlichen Leben — das ist unser Ziel!

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai die Forderung der politischen Rechte. Junctum und soluta erhalten die Arbeiterklasse Deutschlands in der nächsten Wahlperiode. Es gilt immer wieder tatkräftig gegen die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts zu kämpfen, das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai die Forderung der politischen Rechte. Junctum und soluta erhalten die Arbeiterklasse Deutschlands in der nächsten Wahlperiode. Es gilt immer wieder tatkräftig gegen die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts zu kämpfen, das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai die Forderung der politischen Rechte. Junctum und soluta erhalten die Arbeiterklasse Deutschlands in der nächsten Wahlperiode. Es gilt immer wieder tatkräftig gegen die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts zu kämpfen, das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde.

Die Arbeiter aller Länder demonstrieren am ersten Mai die Forderung der politischen Rechte. Junctum und soluta erhalten die Arbeiterklasse Deutschlands in der nächsten Wahlperiode. Es gilt immer wieder tatkräftig gegen die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts zu kämpfen, das gleiche Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde.

Präpariert zur Feier des ersten Mai!

Der Schutz der „nationalen Arbeit“.

Der Schutz der „nationalen Arbeit“ ist eine Forderung, die sich mit den Zöllen und Verbrauchssteuern, die die Produktion des Volkes bis zur Unerschwinglichkeit belasten, verbinden lässt. „Nationale Arbeit“ bedeutet, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll.

Die nationale Arbeit ist eine Forderung, die sich mit den Zöllen und Verbrauchssteuern, die die Produktion des Volkes bis zur Unerschwinglichkeit belasten, verbinden lässt. „Nationale Arbeit“ bedeutet, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll, daß die Produktion des Volkes nicht durch ausländische Konkurrenz gefährdet werden soll.

einer andern Stelle die Bedeutung der Landwirtschaft wie folgt (Seite 20):

„Das Bedeuten der Landwirtschaft war unter allen Verhältnissen und fortdauernd von höchster Bedeutung für die Gesamtheit. Eine blühende Landwirtschaft begünstigt eine schnelle Zunahme der Bevölkerung und ermöglicht den andern Gewerben, ihren Bedarf, hauptsächlich an Nahrung, leichter und billiger zu beschaffen als aus dem Auslande.“

Das trifft doch aber nur zu, wenn die Preise billig sind. Statt dessen sehen wir, daß umgekehrt gerade die Preissteigerung von 1820—1875 als der segensreichste Zustand gebräuchlich wird, und daß von dem Moment an, wo die Preise wirklich zu sinken beginnen, sofort Mittel ergriffen werden, um sie künstlich wieder in die Höhe zu schrauben! Es ist demnach gerade die Absicht, die Segnungen höherer Produktivität nicht der Gesamtheit, nicht möglichst vielen Menschen zukommen zu lassen, sondern sie für einen kleineren Kreis zu reservieren. Für welchen? Wer soll nach dem Willen unserer Staatsbehörden und Zollfreunde den Vorteil haben? Da wird gesagt: die „Landwirtschaft“. Aber wer ist damit gemeint? Man sollte denken: alle, die in der Landwirtschaft arbeiten. Vor allen Dingen also die Landarbeiter, dann die Kleinbauern, die kleineren Grundbesitzer usw. Das nationalliberale Handbuch ist jedoch anderer Meinung. Nachdem es die Steigerung der Preise bis etwa 1875 geschildert, fährt es fort (S. 15):

„Bis um die Wende der 70er Jahre waren auch die allgemeinen Produktionsbedingungen nicht namhaft erschwert, weder im Hinblick auf die steuerliche Belastung, noch in bezug auf die Arbeitslöhne. Der kurze Zeitraum der Gründerzeit hatte wohl den Landarbeiter da und dort mit erfasst; aber der höhere Arbeitslohn, der ihm zugestanden war, ging rasch wieder verloren. Insofern also das Reineinkommen vom Ackerbau sich erhöhte, stieg im wesentlichen auch der Reinertrag der Wirtschaft.“

Das bedeutet mit anderen Worten: das nationalliberale Handbuch sieht einen besorgniserregenden Zustand der „Landwirtschaft“ dann, wenn auf der einen Seite die Preise für die Produkte hoch sind, auf der anderen Seite die Löhne der Landarbeiter niedrig! Hohe Löhne der Landarbeiter betrachtet es als eine „Erschwerung der Produktionsbedingungen“. Zu den Leuten, die von den hohen Preisen Nutzen ziehen sollen, zur „Landwirtschaft“ gehören nach dieser nationalliberalen Auffassung die Landarbeiter nicht! Wer bleibt dann noch übrig? Nur die Kapitalisten, die für ihr Geld ein Gut gekauft haben und Profit daraus ziehen wollen! Daß es in der Tat so gemeint ist, lehrt folgende Ausführung (auf S. 17 des Handbuchs):

„Je länger vorher die Periode der landwirtschaftlichen Hochkonjunktur gedauert hätte, um so schwerer konnte später der Rückschlag getragen werden, da die Steigerung der Roh- und Reinerträge je länger je mehr begleitet wurde von entsprechender Steigerung der Bodenpreise. Wie immer der nunmehrige Wirtschaftler seinen Besitz angekreuzt hatte, ob durch Erbe oder Kauf — er rechnete mit einem Kapitalwert seines Besitzes, der etwa dem Reinertrag der 70er Jahre entsprach. Und er war doch gehalten, von diesem Kapitalwert die Rente zu erzielen.“

Die Bedeutung dieser schönen Stelle ganz zu erfassen, mögen uns einige Zahlen helfen. Nehmen wir an, ein Kapitalist habe seinen Landbesitz im Jahre 1850 von seinem Vater geerbt. Demals kosteten Roggen und Weizen im Durchschnitt etwa 127 M. die Tonne. Wenn das Gut 1000 Tonnen pro Jahr lieferte, betrug das Brutto-Einkommen des Besitzers 127 000 M. Sehen wir nun, um runde Zahlen zu haben, die Produktionskosten auf 100 000 M., den Reinertrag auf 27 000 M. So wird der Besitzer etwa sagen (wir nehmen runde Zahlen): Mein Gut ist mein Vermögen; da es mir 27 000 M. pro Jahr bringt, und ich rechnen muß, daß mein angelegtes Kapital sich mit 10 Proz. verzinst, so ist mein Gut 270 000 M. wert. Im Jahre 1875 stirbt der Besitzer, sein Sohn beerbt ihn. Jetzt kosten Roggen und Weizen im Durchschnitt 205 M. die Tonne. Zudem ist die Produktivität gesteigert, es werden 1200 Tonnen pro Jahr produziert. Der Reinertrag ist 250 000 M. Da die Produktionsbedingungen damals noch nicht „namhaft erschwert“ waren, so mögen die Unkosten 125 000 M., unsererwegen auch 150 000 M., betragen haben. Bleibt ein Reinertrag von 100 000 M., betragen haben. Bleibt ein Reinertrag von 100 000 M., betragen haben. Bleibt ein Reinertrag von 100 000 M., betragen haben.

So zeigen die Darlegungen unserer Gegner selbst, wie der angebliche Schutz der nationalen „Arbeit“ darin besteht, daß die Arbeiter nichts bekommen, den Kapitalisten aber die Profite erhöht werden sollen.

Deutsches Reich.

Der Abschied des Votschasters Hill.

Ueber den Rücktritt des amerikanischen Votschasters Hill von dem Berliner Posten, den er seit einigen Jahren innegehabt hat, wird viel gesprochen. Man sucht nach allerlei Gründen für diesen Rücktritt. Vermutlich ist alle Materie unnötig, Herr Hill hat den Berliner Posten nur unter besonderen Umständen angetreten, dieselben Umstände werden auch die Ursache bilden, daß er nach einiger Anstaltszeit den Posten wieder verlassen möchte. Herr Hill sieht sich nicht wohl in den Berliner Hofkreisen!

Als im Herbst 1907 die amerikanische Regierung in Berlin anfragte, ob Herr Hill als Votschaster genehmigt sei, erhielt sie eine zustimmende Erklärung. Erst einige Monate später, im Frühjahr 1908 veranlaßte der Kaiser den Einwand erhoben habe, daß Dr. Hill doch wohl nicht die geeignete Persönlichkeit sei, als Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin zu fungieren, er verfüge nicht über genügendes Privatvermögen, um eine so große Vorgangsbetätigung, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, in der Reichshauptstadt würdig repräsentieren zu können. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mußte damals diesen Vorgang betätigen, sie gab zu, daß nachträglich allerdings Zweifel darüber entstanden waren, ob sich Hill auf dem Berliner Posten wohlfühlen werde. Würdig erledigte die amerikanische Regierung diese bis dahin als unmöglich erachtete Affäre, sie schickte Herrn Dr. Hill trotz seines vermeintlich zu kleinen Geldbeutels auf den Votschasterposten nach Berlin.

Der Votschaster Hill ist ein Gelehrter von Ruf, er gilt auch als Staatsmann von hoher Bedeutung. Aber auch dem Berliner Posten hat er sich nicht wohl gefühlt. Er wollte schon, wie sein jetziges Abschiedsgesuch zeigt, bei Beginn der Präsidentschaft Laufs den Rückzug antreten und ließ sich nur schwer bewegen, noch einige Zeit auszuhalten. Es ist ein seltsames Zeichen der Zeit, daß der Vertreter des Landes der Milliarden in die Berliner Atmosphäre von Aufwand und Prunk nicht paßt, weil sein Geldbeutel zu schmal ist. Das Land der Milliarden verfolgt in der Auswahl seiner Staatsmänner verständlichere Grundsätze als das Land der vielgerühmten „preussischen Einfachheit“.

Herr Hill scheint aber auch ein recht respektvoller Mensch zu sein. Er hat nicht einmal Ehrfurcht vor dem „Gottesgnadentum“. Hill, der vor etwa acht Wochen Berlin verlassen hat, hielt an der Columbia-Universität in New York eine Reihe von Vorträgen über Staatsrecht, in denen er nach Referaten amerikanischer Blätter auch betonte, daß das Gottesgnadentum der Fürsten in der Gegenwart aufgegeben werden müsse. Von irgend einer Seite ist die Nachricht gebracht worden, daß diese gewiß nicht überraschende Auffassung Hills über das Gottesgnadentum an der Berliner Hofe verstimmt haben soll, die amerikanische Regierung hätte dieser Verstimmung Rechnung getragen, und ihrem Votschaster nahegelegt, seinen Berliner Posten aufzugeben. So wenig wahrscheinlich diese Nachricht erscheint, so muß man doch in der Tat zugestehen, daß ein Mann mit so „bedenklichen“ staatsrechtlichen Anschauungen sehr schlecht gerade an den Wilhelmianischen Hof in Berlin paßt. Das offizielle Blatt der deutschen Zentrumspartei bringt wirklich die Erklärung fertig, die Worte Hills, daß das Gottesgnadentum der Fürsten keine Geltung mehr habe, „müßte allerdings einen Votschaster an einem Fürstehofe, dessen Monarchie sich noch vor wenigen Monaten ausdrücklich zum Königium von Gottes Gnaden bekannt hat, unmöglich machen“!

Neunort, 17. April. Als Nachfolger Hills wird John Hay genannt, der früherer Minister in Washington und ein Freund Rhodes war. Er ist ein entschiedener Imperialist, ein Freund Englands und ein Millionär.

Die „Besserung der Gesamtlage“.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung leistet sich einen hohen Lobgefang auf die Reichsfinanzreform und ihre glücklichen Wirkungen:

„Obgleich die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern und den Betriebsverwaltungen sehr vorzüglich geschäftig sind, ist es doch notwendig, daß das Reich zum erstenmal seit vielen Jahren ohne eine neue Anleihe auskommen wird. Darin liegt eine Befähigung und Befestigung der Reichsfinanzreform, an der eine noch so geläufige Kritik nicht mehr gut rütteln kann. Der Hinweis des Reichsfinanzlers, daß gesunde Finanzen die Folge der neuen Steuern bilden, nahm von der Besserung der Gesamtlage nach dieser Richtung An.“

Es wird als eine große Sache hingestellt, daß das Deutsche Reich einmal ein Jahr lang ohne neue Schuldenaufnahme fortzukommen soll. Von Schuldentilgung, wie sie geplant war, ist aber auch nicht die Rede, und wer will sagen, wie es im nächsten Staatjahre aussehen wird. Jedoch, nehmen wir es einmal an, daß wirklich auf einige Jahre hinaus das Schuldenmachen eingestellt werden könnte, so baut sich doch all dieses Rahmen des Reichsfinanzplans auf die Tatsache auf, daß das deutsche Volk mit einem Platyrogen ungerechtfertigter Steuern überbürdet worden ist. Eine solche „Besserung der Gesamtlage“, wenn der Staat einmal keine Schulden macht,

nd tärs en
Anz
Gabrie
Wingent
iehe
Schutz der „nationalen Arbeit“
emant
abradh
r Straße